



Parallelgesellschaften: Merz fordert Maßnahmen gegen Gewalt

Bundestag beschäftigt sich mit hoher Zahl migrantischer Straftäter

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat die Ampel eindringlich zu Konsequenzen aus der Zunahme an Gewaltverbrechen aufgerufen, die oftmals von Migranten begangen werden. Wenn nicht bald etwas geschehe, dann zerstöre dies die Grundlagen unseres Zusammenlebens – auch des Zusammenlebens mit unbescholtenen Einwanderern, die nicht in Mithaftung genommen werden wollen, betonte Merz im Bundestag. Fraktionsvize Andrea Lindholz warf der Regierung Realitätsverweigerung vor.

Aus Anlass eines Angriffs auf einen 20-Jährigen in Bad Oeynhausen, der von einem 18-jährigen Syrer tödlich verletzt worden war, hatte die CDU/CSU-Fraktion eine aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. Die Tat steht in einer Reihe von Gewaltverbrechen der jüngsten Zeit, die allesamt von Migranten begangen wurden. Deutschland habe die Täter, die als Jugendliche nach Deutschland gekommen sind, in seiner Mitte aufgenommen. „Wir haben ihnen Zuflucht, Sicherheit und Unterstützung gewährt“, sagte Merz. Umso abstoßender und unverständlicher seien die Verbrechen, die sie begangen haben.



Friedrich Merz bei seiner Rede im Plenum in dieser Woche

„Sie alle werfen ganz grundlegende Fragen auf, vor allem diese eine: „Wohin entwickelt sich seit einigen Jahren unsere Gesellschaft?“, sagte der Fraktionsvorsitzende und fügte eine weitere Frage hinzu: „Wie lange hält unsere Gesellschaft die seit Jahren andauernde ungesteuerte Migration eigentlich noch aus?“ Merz forderte die Regierung auf, das Problem nicht länger zu beschönigen. Insbesondere Bundesinnenministerin Nancy Faeser kreidete er an, dass sie von „Einzelfällen“ und „nicht gelungener Integration“ spreche.

Seite 2

Praktikantinnen aus dem Wahlkreis erleben letzte Sitzungswoche vor Sommerpause

Marlene Dickmeis aus Ummendorf und Livi Dangel aus Oggelshausen absolvieren ihr Praktikum bei Josef Rief in der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause. Dabei begleiten Sie den Biberacher Abgeordneten zu vielen Sitzungen der Unionsfraktion und der Bundestagsausschüsse. Natürlich stehen auch Sommerfeste mit auf dem Programm, die in der Hauptstadt traditionell in der letzten Sitzungswoche stattfinden. Für Josef Rief geht es aber bereits am 17. Juli wieder weiter, wo der Haushaltsausschuss den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 erstmals beraten will. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz warf Faeser Täter-Opfer-Umkehr vor. Es sei „vollkommen inakzeptabel“, wenn diese vom Integrationsversagen der Gesellschaft spreche anstatt vom Integrationsversagen des Täters und seines Umfeldes. Die parlamentarische Geschäftsführerin Nina Warken verwies auf die polizeiliche Kriminalitätsstatistik, die überproportional viele junge Einwanderer aufführt. Daher forderte sie, das Thema Migration bei der Ursachenforschung nicht mehr außen vor zu lassen.

Als Antwort auf die zunehmende Gewalt aus migrantischen Parallelgesellschaften forderte Lindholz: „Unser Staat muss Stärke zeigen.“ Sie verlangte mehr Polizei und eine schnelle Ahndung der Straftaten, damit die Täter spürten, dass ihre Verbrechen Konsequenzen hätten. Auch Nina Warken sagte: „Wir müssen den

Rechtsstaat ertüchtigen.“ Er müsse die Bürger schützen und die Täter bestrafen. Die Justiz müsse schneller und effektiver werden. Sie müsse auch mehr Ermittlungsinstrumente an die Hand bekommen. Angesichts der Tatsache, dass die Täter immer jünger werden, gehöre das Jugendstrafrecht auf den Prüfstand.

Merz dankte den Polizistinnen und Polizisten, die trotz persönlicher Belastungen und Bedrohungen ihren Dienst in unserem Land tun. Er dankte außerdem den engagierten Kommunalpolitikern, die sich darum bemühten, die viel zu groß gewordene Zahl an Flüchtlingen aufzunehmen und unterzubringen. Stellvertretend hatte der Bürgermeister von Bad Oeynhausen auf der Tribüne des Bundestages Platz genommen und die Debatte verfolgt. ■

75 Jahre NATO - Eine einzigartige Erfolgsgeschichte

75 Jahre NATO bedeutet 75 Jahre Freiheit und Sicherheit in Europa und Nordamerika. Aus Anlass des Jubiläums würdigte der Bundestag die Bedeutung der transatlantischen Allianz mit einer engagierten Debatte. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion sprachen von einer einzigartigen Erfolgsgeschichte. Sie drangen darauf, dass Europa künftig mehr Verantwortung übernimmt.

„Die NATO ist mehr als die Summe ihrer Einzelteile“, sagte der außenpolitische Sprecher der Union, Jürgen Hardt. Abschreckung und Verteidigung ließen sich im Bündnis effektiver organisieren als von den Mitgliedsstaaten alleine, sagte Hardt mit Blick auf das Versprechen der NATO-Mitglieder zu gegenseitigem Beistand, das im Artikel 5 verankert ist. Der Fachsprecher für Krisenprävention, Roderich Kiesewetter, sprach von einer „Rückversicherung für eine Milliarde Menschen“.

Die NATO, die vor Jahren vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump für obsolet und vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron für hinfällig erklärt worden war, hat angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine erneut große Bedeutung bekommen – als Bollwerk gegen den Versuch, die regelbasierte internationale Ordnung auszuhöhlen. „Fatale Irrtümer in der Rückschau“, nannte der CDU-Fachpolitiker Peter Beyer die damaligen Bewertungen. Inzwischen sei die NATO zusammengedrückt und um die skandinavischen Mitglieder Schweden und Finnland erweitert. Der verteidigungspolitische Sprecher Florian Hahn formulierte die Lektion aus dem russischen Machtstre-

ben so: „Unsere Freiheit können wir nur verteidigen, wenn wir als Land und als Bündnis zur Abschreckung und zur Verteidigung fähig sind.“ Abschreckung sei eine Kombination aus Wille und Können. Daher forderte Hahn die Bundesregierung auf, die nötigen Mittel für die Ausrüstung und Aufrüstung der Bundeswehr bereitzustellen – damit sie dauerhaft das NATO-Ziel einhalten kann, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden. Gelingen der Regierung das nicht, dann gerate die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ endgültig zur Worthülse.

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA rief Jürgen Hardt dazu auf, die Rolle Europas im Bündnis zu stärken. Denn egal, wer die Wahlen gewinne: Der neue Präsident werde von Europa mehr sicherheitspolitisches Engagement verlangen. Er forderte eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik, die Beschaffung, Export und Ausbildung beinhalten müsse. Auch Kiesewetter erwartet eine „Lastenverschiebung“ von den USA hin zu Europa. Er forderte daher ein „verändertes Mindset“ der Europäer. Es reiche nicht, den Krieg „aus dem Homeoffice zu beobachten“ oder „die Bundeswehr aus der Westentasche zu finanzieren“. Der Bevölkerung müsse klar gemacht werden, warum es so wichtig sei, die Ukraine zu unterstützen. Nur wenn man Putin klipp und klar zeige, dass sich das Recht des Stärkeren nicht durchsetze, habe die regelbasierte internationale Ordnung eine Chance. Dies sei auch ein Zeichen an China, Nordkorea und Iran, die gemeinsam mit Russland die Weltordnung verändern wollten. ■